

## **Kleine Anfrage 812**

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

### **Qualitätssicherung in Antrags- und Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen**

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz stellt Anlagen, die geeignet sind, schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren hervorrufen können, unter einen Genehmigungsvorbehalt. Nicht alle Vorhabenträger besitzen ausreichende Erfahrungen für die sehr komplexen Verfahren. So ist der Bedarf an Überarbeitung, Kontrolle und ggf. Neubeantragung erkennbar. Damit verlängern sich Bearbeitungszeiten. Vorhabenträger, Planungsbüros, beteiligte Behörden, Umweltverbände sowie Bürgerinnen und Bürger tragen zur Verständlichkeit und Entwicklung bei. Auf Grundlage des Antragsstellungsprogramms des MLUL sind den Anträgen allgemeinverständliche und wesentliche Faktoren beigelegt. Dennoch können sich Fehler einschleichen. Der geplante Windpark Tuchen-Klobbicke ist Bestandteil des Naturparks „Barnimer Heide“ und ist hier beispielgebend. Dieser enthält zu 67% Landschaftsschutzgebiete und 9,5% Naturschutzgebiete.

Ich frage die Landesregierung:

1. Im Rahmen des Koalitionsvertrages „ist eine Vergrößerung der Abstandsempfehlung zu besonders belasteten Siedlungen auf 1.500 Meter zu prüfen. Das neue Konzept soll möglichst innerhalb des ersten Halbjahrs 2020 erarbeitet werden.“ Liegt das neue Konzept vor? Was sind „besonders belastete Siedlungen“?
2. Sind die in den bauleitplanerischen, vorbereitenden Unterlagen angegebenen Abstände von 500, 650 und 1200 Meter unter Berücksichtigung aller vorhandenen Schutzgüter ausreichend? Bitte die Schutzgüter und damit verbundenen Abstände tabellarisch darstellen.
3. Welche Bedeutung kommt bei der Genehmigung dem ca. 500 m entfernten Natura 2000-Gebiet/FFH-Gebiet „Nonnenfließ-Schwärzetal“ (DE 3148-301) zu?
4. Welche Regelungen begünstigen die erforderliche Änderung eines Flächennutzungsplanes, wenn noch keine konkrete Eingriffsbilanzierung sowie Fachgutachten zu Lärm, Schattenwurf und artenschutzrechtlich verbindliche Prüfungen vorliegen?

5. Zur Definierung der erforderlichen Änderungsbereiche für WKA im Flächennutzungsplan (FNP) hat die Gemeinde Breydin sich dazu entschieden, Schutz- und Restriktionsbereiche der TAK bei der Ausweisung der Sonderbauflächen nicht zu berücksichtigen. Ist es sinnvoll vor dem Hintergrund der Veränderlichkeiten von Abständen und Horststandorten und ohne Bekanntheit der Anlagentypen die Änderung des FNP vorzunehmen?
6. Sind die Aussagen der benannten Gutachter zu den Berechnungen für Schall, Infraschall und Schattenwurf ausreichend, wenn gleichzeitig noch kein Anlagentyp definiert werden kann?
7. Ist die von den Gutachtern erwartete Gesundheitsgefährdung ab einem Pegel von 120 dB praxisverbindlich?
8. Wie ist der Unterschied der faunistischen Gutachten zu erklären? Ist in die Abwägung auch das Gutachten Vögel (AVES) eingeflossen?
9. Wie wirken sich die nach Flade eingeteilten sieben Lebensräume in die Bewertung des 500 m-Radius um die geplanten Anlagenstandorte auf die Schutzgüter aus?
10. Ist eine Analyse über Antrags- und Genehmigungsfehler vorhanden? Wer ist für Fehleranalysen verantwortlich?